

Kurden-Protest bleibt friedlich

hs./Ihe. FRANKFURT. Etwa 1200 Kurden haben gestern in Frankfurt gegen den türkischen Militäreinsatz im Norden Syriens protestiert. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Wir schweigen nicht – stoppt die türkische Aggression in Afrin“. Redner der Kundgebung verlangten wie zuvor schon in anderen Städten von der Bundesregierung, sie müsse auch auf den Ebenen der EU und der Nato alles versuchen, den völkerrechtswidrigen Angriff des türkischen Militärs zu beenden.

Wie eine Polizeisprecherin sagte, verlief die Veranstaltung insgesamt friedlich; gegen 18 Uhr war sie beendet. Es seien keine verbotenen PKK-Symbole gezeigt worden, die Polizei habe daher nicht eingreifen müssen.

Die Demonstranten hatten sich am frühen Nachmittag zunächst an der Hauptwache getroffen und waren anschließend zu einer ersten Kundgebung an die Konstablerwache gezogen. Dann bewegte sich der Zug zum Willy-Brandt-Platz, wo am frühen Abend die Abschlusskundgebung stattfand. Die Polizei war mit starken Einsatzkräften vertreten, nicht zuletzt, weil Auseinandersetzungen mit türkisch-nationalen Gruppen und Anhängern von Präsident Erdogan zu befürchten waren.

ANZEIGE

Konflikt um Opel-Sanierung

RÜSSELSHEIM (dpa). Beim kriselnden Autobauer Opel stocken die Sanierungsgespräche zwischen den Arbeitnehmervertretern und dem neuen Mutterkonzern PSA. In einer Erklärung wirft die Opel-Tarifkommission den Managern vor, bestehende Tarifverträge auszuhöhlen zu wollen. „Wir akzeptieren keine nachgereichten Bedingungen für Verträge, die von PSA anerkannt, übernommen und rechtskräftig sind“, erklärte der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Wolfgang Schäfer-Klug. Die Belegschaft zahle nicht zweimal für einen Vertrag.

Noch mit dem Alt-Eigentümer General Motors war im vergangenen Jahr für die Mitarbeiter der deutschen Werke ein Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen bis Ende 2018 sowie mehrere Produktionszusagen vereinbart worden, die PSA beim Opel-Kauf im August 2017 übernommen hat. Im November hatte PSA-Chef Carlos Tavares ein Sanierungsprogramm angekündigt, das ohne Werksschließungen und Entlassungen auskommen soll.

NPD muss draußen bleiben

Die NPD steht in Wetzlar vor verschlossenen Türen. Die Stadt weigert sich sogar, eine einstweilige Anordnung des Bundesverfassungsgerichts zu befolgen.

hs./Ihe. WETZLAR. Weil die Partei die Bedingungen für den Mietvertrag nicht erfüllt habe, hat die Stadt Wetzlar gestern der NPD den Zutritt zur Stadthalle verweigert. Damit widersetzte sich die Kommune unter Führung ihres Oberbürgermeisters Manfred Wagner (SPD) einem gegen Mittag ergangenen Eilbeschluss des Bundesverfassungsgerichts. Dieses hatte entschieden, die NPD müsse die Möglichkeit erhalten, ihre Veranstaltung zur Landtagswahl durchzuführen. Vorausgegangen war ein wochenlanger Rechtsstreit, den die Stadt in allen Instanzen verlor. Ihre Bedenken, die NPD nutze die Anordnung als Wahlkampfveranstaltung nur als Vorwand, um rechtsextreme Musikgruppen auftreten zu lassen, verfielen nicht vor Gericht.

„Der NPD wurde soeben die Möglichkeit gegeben, die Erfüllung dieser Mietbedingungen nachzuweisen, was nicht erfolgt ist“, teilte die Stadt am Nachmittag mit. „Deshalb findet die Veranstaltung der NPD in der Stadthalle Wetzlar nicht statt.“ Die Stadt ist der Auffassung, dass die Partei nicht alle Bedingungen für einen Mietvertrag erfüllt. Dabei geht es unter anderem um einen ausreichenden Versicherungsschutz. Das NPD-Treffen sollte eigentlich am frühen Nachmittag beginnen. Bis zum frühen Abend blieb die Halle von der Polizei abgesperrt. Ungeachtet des Verbotes waren NPD-Mitglieder nach Wetzlar gekommen; sie wurden zum Teil von der Polizei kontrolliert. Nach deren Darstellung hatten am Nachmittag allerdings bereits „einige Dutzend“ ihr Hotel verlassen. Ihr Ziel war unbekannt.

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hatte kurz zuvor in einer einstweiligen Anordnung entschieden, dass Wetzlar die Stadthalle öffnen müsse. Diese Haltung hätten bereits Verwaltungsgerichte vertreten. Die Stadt Wetzlar müsse sich an die Entscheidungen halten, teilte das Bundesgericht mit. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel (VGH) hatte am Freitag eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Gießen be-



Fest in der Hand von Gegendemonstranten: Die Wetzlarer Altstadt gestern Nachmittag

Foto dpa

stätigt, wonach der Stadt ein Zwangsgeld von mehreren tausend Euro drohe, wenn sie nicht innerhalb einer bestimmten Frist den Mietvertrag unterzeichne. Beide Gerichte hatten entschieden, dass der NPD die Nutzung der Halle nicht verweigert werden dürfe. Die Partei sei zwar verfassungsfeindlich, aber nicht verboten.

Ein Sprecher von Wetzlar sagte nach der Anordnung des Bundesverfassungsgerichts, die Stadt erkenne „diese Urteile

selbstverständlich an“. Das Gericht in Karlsruhe habe eine allgemeine Entscheidung getroffen, die Stadt Wetzlar berufe sich aber auf die besondere Situation des Mietvertrages. Die NPD kündigte an, gegen die Entscheidung der Stadt vorzugehen. Sie will beim Bundesverfassungsgericht eine Zwangsvollstreckung erwirken. NPD-Landesgeschäftsführer Daniel Lachmann bezichtigte die Stadt Wetzlar der Lüge. Der geforderte Versicherungsschutz liege vor. Wegen der dro-

henden NPD-Veranstaltung demonstrieren gestern rund 1500 Menschen in Wetzlar gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Sie zogen vom Bahnhof in Richtung der Halle. Zu einem „Festival der Demokratie“ wurden weitere Teilnehmer erwartet. „Der Spuk des rechten Randes ist mit der Verweigerung der Stadthalle nicht vorbei“, sagte ein Sprecher der Organisation. Der SPD-Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel war als Beobachter in Wetzlar.

Zeitlimit für verlässliche Freunde

Roland Koch bekommt zum 60. Geburtstag viele Glückwünsche – auch aus der Ferne.

Von Bernhard Biener

ESCHBORN. Den Versuch, sich an eine Begrüßung der wichtigsten Gäste zu machen, unternimmt zum Glück weder der Chef der Staatskanzlei, Axel Wintermeyer, noch Ministerpräsident Volker Bouffier (beide CDU). Dann wäre der dezentale Hinweis auf das Zeitlimit von zweieinhalb Stunden, der sich auf der Einladung findet, hinfällig. Bürgermeister, Landräte, Landtags- und Bundestagsabgeordnete, aktive Minister und etliche außer Dienst sind am Samstag ins Bürgerzentrum Niederhöchstadt gekommen, um mit Roland Koch in seinem Wohnort Eschborn seinen 60. Geburtstag zu feiern. Und natürlich Repräsentanten kultureller Institutionen, die ein Hinweis auf



Zwischen Frauen, die ihm viel bedeuten: Die ehemalige FDP-Vorsitzende Ruth Wagner (links), Roland Koch und Ehefrau Anke

Foto Michael Kretzer

die „gewisse Resozialisierung“ (Koch über die freiere Wochenendgestaltung nach dem Abschied aus der Politik) des Geburtstagskinds sein dürften. Ministerpräsident Bouffier lobt seinen Vorgänger, erinnert an den mit 21 Jahren jüngsten

Kreisvorsitzenden der CDU in Deutschland, bezeichnet ihn als „Homo politicus im besten Sinn“ und ehrt seine Verdienste um die Union mit der Alfred-Dregger-Medaille in Gold. Koch sitzt derweil zwischen zwei Frauen, die an diesem Vormit-

tag mehrfach lobend erwähnt werden. Seine Frau Anke nennt Koch selbst den Hauptgrund, warum es nicht nur mit der politischen Karriere, sondern auch mit der Familie funktioniert habe. Die andere ist die ehemalige FDP-Landesvorsitzende und Wissenschaftsministerin Ruth Wagner, die nach der CDU-Spendenaffäre gegen Widerstände in der eigenen Partei zur Koalition in Wiesbaden stand. Bouffier spricht von „verlässlichen Freunden“ jenseits der CDU. „Einmal habe ich die Koalition mit Ruth Wagner riskiert“, erzählt Koch. „Als es um die Frage ging, ob wir die Eintracht mit einer Bürgerschaft retten.“ Gekommen ist auch Friedrich Merz, dessen Name wie der von Koch oft genannt wird, wenn es um Persönlichkeiten geht, die der CDU unter Angela Merkel fehlten.

Einen Geburtstagsgruß aus der Ferne überbringt der Sondergesandte des Dalai Lama, den Koch gegen alle Widerstände immer wieder eingeladen hat. Seine Heiligkeit dankt für Unterstützung in den vergangenen Jahrzehnten. Noch jemand, der verlässliche Freunde zu würdigen weiß.

LEUTE DER WOCHE

ISA REKKAB,

Lampenputzerin, hat vor einem Jahr den Auftrag erhalten, die Luminale neu zu organisieren, nachdem die Messe Frankfurt ihren Vorgänger recht unziemlich geschasst hatte. Einiges haben Messe und die neu mit eingestiegene Stadt anders haben wollen, Fehler wie der abgeschaffte Festivalbus sind also nicht unbedingt ihr anzulasten. Rekkab aber hat es geschafft, das alle zwei Jahre stattfindende Festival in lediglich zwölf Monaten auf die Beine zu stellen. Das verdient Bewunderung.



MARKUS FRANK,

Chemielaborant, hat die goldene Formel für die drei Frankfurter Industrieparks gefunden. Sie lautet: eine 500 Meter breite Sicherheitszone um die Chemieanlagen. Der Kompromiss mit den Betreibern, den Frankfurts Wirtschaftsdezernent und sein Kollege vom Planungsressort, Mike Josef, aushandelten, eröffnet der Industrie Entwicklungsmöglichkeiten und

schaft Platz für Wohnungsbau. Die gesamte Regierungskoalition sollte so konstruktiv arbeiten wie die beiden.



PETER FELDMANN,

Einzelgänger, hat nicht einmal zwei Wochen nach seinem Sieg bei der Stichwahl eine Vereinbarung mit CDU und Grünen gebrochen. Der Frankfurter Oberbürgermeister versprach entgeltfreie Kitaplätze, obwohl das in der schwarz-rot-grünen Koalitionsrunde anders besprochen war. Mit dieser Eigenmächtigkeit hat der Sozialdemokrat Angebote für eine vertrauensvollere Zusammenarbeit in seiner zweiten

Amtszeit ausgeschlagen, sehr zum Schaden für Frankfurt und wohl auch für sich selbst.



CHRISTIAN DIERS,

Schmalspurist, reduziert die Politik der Wiesbadener FDP auf ein Ziel: die Verhinderung der City-Bahn. Schon zweimal haben die Liberalen das Vorhaben ausgetrieben und damit bei einer Minderheit der Bürger gepunktet. Dabei scheint ihnen die Sache selbst nicht allzu wichtig zu sein. Auf die Frage nach anderen Methoden zur Vermeidung des Verkehrskollaps hat die FDP keine

Antwort. Ein Indiz, dass die überwältigende Mehrheit der Kommunalpolitiker auf dem richtigen Weg ist.



JOHANNES HEGER,

Quereilen-Opfer, hat seine besten Tage bei der Main-Kinzig-CDU hinter sich. Die Basis verweigerte ihm die Wiederwahl zum Kreisvorsitzenden, dabei sollte der Jurist doch in einer großen Koalition auch hauptamtlicher Dezernent werden. Daraus wird nun aber nichts mehr. Das Votum der Delegierten galt nämlich nicht nur ihm, sondern auch den Weichenstellern in der Parteispitze. Damit endlich Wunden der Vergangenheit verheilen können, sind jetzt echte Transparenz und Mitbestimmung nötig.



Texte balk., rieb., ale., htr., ju. Fotos Kammerer, Hedwig, Eilmes, Archiv, Wohlfahrt

Bitcoin für die Landeskasse

FRANKFURT (Ihe). Hessen hat 2017 knapp 18 Bitcoins aus seinen Beständen verkauft und für die Digitalwährung 99 975 Euro erzielt. Wie aus der Antwort des Justizministeriums auf eine parlamentarische Anfrage der FDP-Fraktion im Landtag hervorgeht, lagerten Mitte Februar dieses Jahres 227 Bitcoins bei hessischen Behörden. Sie seien bei Ermittlungsverfahren sichergestellt worden.

Die Bitcoins – komplex verschlüsselte Zeichenfolgen – werden laut Ministerium in einem sogenannten „Wallet“ (digitale Geldbörse) der Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt aufbewahrt. Die Kryptowährung wird in komplizierten Rechenprozessen erzeugt, kann aber auch im Internet mit etablierten Währungen wie Dollar oder Euro gekauft werden. Sie kommt vor allem bei Zahlungen im Internet zum Einsatz.

MELDUNGEN

Zwei Todesopfer hat ein Unfall gestern auf der Autobahn 45 in der Nähe von Wetzlar gefordert. Ein weiterer Mann wurde schwer verletzt. Wie die Polizei mitteilte, hatte ein Lastwagen aus bislang unbekannter Ursache die Mittelleitplanke durchbrochen und war auf die Gegenfahrbahn geraten. Nach Angaben eines Polizeisprechers soll der Lastwagen daraufhin mit einem Transporter kollidiert sein. Danach sei ein anderes Auto in die Unfallstelle gekracht. Wie ein Sprecher weiterhin sagte, gab es nach dem Unfall Probleme mit der Bildung einer Rettungsgasse. Das habe dazu geführt, dass Rettungskräfte auf ihrem Weg zur Unfallstelle behindert wurden und wertvolle Zeit verloren.

Ein Motorradfahrer ist bei einem Verkehrsunfall auf einer Landstraße bei Wetzlar ums Leben gekommen. Der Fünfunddreißigjährige war Samstagmorgen

in Fahrtrichtung Wetzlar unterwegs, als er die Kontrolle über sein Motorrad verlor, wie die Polizei mitteilte. Daraufhin sei er mit dem Fahrzeug gegen einen Brückenpfeiler geprallt. Der Mann starb noch am Unfallort. Ersten Ermittlungen zufolge waren keine anderen Fahrzeuge an dem Unfall beteiligt.

Bei einer Messerstecherei zwischen zwei Gruppen am Wiesbadener Bahnhof sind drei Männer verletzt worden. Ein Mann habe die drei Männer in der Nacht zum Samstag mit einem Messer angegriffen, teilte die Polizei mit. Der mutmaßliche Täter sei zu Fuß über das Gelände einer nahegelegenen Tankstelle geflohen, hieß es weiterhin von den Beamten. Die drei Verletzten mussten in Wiesbadener Kliniken mit Schnittverletzungen behandelt werden. Der Grund für den Streit war zunächst unklar. Die Polizei hofft nun auf die Angaben von Zeugen. lbe.

HERZLICH WILLKOMMEN ZUM STIFTUNGSFORUM RHEIN-MAIN 2018

Es erwarten Sie zahlreiche Gäste, Stiftungsverantwortliche wie -interessierte, einblickreiche Fachvorträge und viel Zeit für den Dialog.

Weitere Informationen zur Veranstaltung finden Sie unter www.stiftungsfuehrer.de oder persönlich unter der Rufnummer (0611) 8800-8480.

WIR FREUEN UNS AUF IHREN BESUCH!

STIFTUNGSFORUM RHEIN-MAIN 2018

IN KOOPERATION MIT



STIFTUNGSNETZWERK WIESBADEN

Ein Netzwerk der Wiesbadener Stiftungen

JETZT ANMELDEN!
25. APRIL 2018
MUSEUM WIESBADEN